

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Ludwig Hartmann**  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
vom 16.11.2011

### Behördenverlagerung und Verwaltungsreform in Bayern

Die Staatsregierung sieht in Behördenverlagerungen ein wirksames Mittel zur Strukturförderung. Vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung:

1. Welche staatlichen Behörden bzw. Arbeitsbereiche staatlicher Behörden wurden in den letzten 15 Jahren in Bayern von wo nach wo verlagert bzw. wo fanden Zusammenlegungen statt? Wo konnten welche Synergieeffekte erzielt werden?
2. Wie viele Arbeitsplätze waren davon betroffen? Wie verteilen sich diese auf Arbeiter/-innen, Angestellte und Beamte/-innen? Bei welchem Prozentanteil dieser verlagerten Stellen fand auch eine Verlegung des Lebensmittelpunktes der Beschäftigten in die entsprechende Region statt?
3. Welche Kosten haben die Verlagerungen verursacht (bitte aufgelistet nach Behörde, Jahren und den Kostenblöcken: Gebäudekosten, Umzugskosten, erhöhte Aufwendungen)? Wo konnten z. B. aufgrund niedrigerer Mietkosten Einsparungen erzielt werden?
4. Wie hoch waren die Einnahmen, die der Freistaat durch den Verkauf der frei gewordenen Gebäude erlöst hat? Welche Kosten stehen diesen Einnahmen für Ankauf und Umbaumaßnahmen an den neuen Standorten gegenüber? Konnten alle frei gewordenen Immobilien zum anvisierten Verkaufspreis veräußert werden?
5. Welche positiven Effekte sind an den neuen Standorten bzgl. Schaffung qualitativ hochwertiger, sicherer Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen, bzgl. BIP, bzgl. Kaufkraft, bzgl. Sogwirkung für die Ansiedlung anderer Unternehmen zu verzeichnen?

6. Hatten die Verlagerungen wirklich strukturpolitisch positive Effekte? Fanden jeweils Evaluationen statt, wenn ja, an welchen Standorten, und wer hat diese erarbeitet?
7. Welche Behördenverlagerungen sind zurzeit noch nicht abgeschlossen? Welche sind in Planung?

## Antwort

der Bayerischen Staatskanzlei  
vom 20.01.2012

Die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Ludwig Hartmann vom 16. November 2011 wird im Einvernehmen mit allen Ressorts wie folgt beantwortet:

### Vorbemerkung

Zum Teil gleichlautende oder ähnliche parlamentarische Anfragen bezüglich Behördenverlagerungen wurden in jüngster Zeit bereits mehrfach beantwortet. Insoweit wird zur Beantwortung der vorliegenden Anfrage insbesondere auf die Antwort des Staatsministeriums der Finanzen auf die Schriftliche Anfrage vom 30.03.2010 betreffend „Verlagerungen von Behörden und ministerialen Aufgabenbereichen in Bayern“ (LT-Drs. 16/5008 vom 29.06.2010), die Antwort der Staatskanzlei auf die Schriftliche Anfrage betreffend „Behördenverlagerung in Bayern“ vom 21. September 2011, PI/G-4253-2/1198 (noch nicht als Drucksache veröffentlicht) und auf die Antwort des Staatsministeriums des Innern betreffend Verlagerungen von staatlichen Einrichtungen aus Ballungsräumen in strukturschwache Regionen (LT-Drs. 14/10137 vom 30.09.2002) verwiesen.

Die Fragen nach Behördenverlagerungen für die weiter in der Vergangenheit liegenden Jahre 1996 bis einschließlich 1999 berühren bis zu fünfzehn Jahre und somit drei Legislaturperioden zurückliegende Sachverhalte. Die Detail- und Nacherhebung aller vom Antragsteller aufgeworfenen Fragestellungen hätte einen unvertretbaren Verwaltungsaufwand erfordert. Deshalb beschränken sich die Antworten auch vor dem Hintergrund der eher pauschalen Fragestellungen auf eine Auflistung der in den fraglichen Jahren vorgenommenen Behördenverlagerungen.

### Zu 1. bis 4.:

Die Beantwortung der Fragen 1 bis 3 hinsichtlich der Behördenverlagerungen ab dem Jahr 2000 ist in der **Anlage 1**, die Beantwortung der Frage 4 in der **Anlage 2** tabellarisch

zusammengefasst. Sofern in den Tabellenspalten keine Ausführungen angegeben sind, ist eine Beantwortung nicht möglich oder wäre mit einem nicht vertretbaren Aufwand verbunden.

Für die Jahre 1995 bis 1999 wird unter Hinweis auf die Vorbemerkungen ergänzend mitgeteilt:

#### **Staatsministerium des Innern**

##### **1. Errichtung einer Außenstelle des Bayer. Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) in Schweinfurt (1998)**

- 31.03.1992: MR-Beschluss zur Errichtung einer Außenstelle des LfStaD in Schweinfurt.
- 20.11.1996: Grundsteinlegung für Neubau (Grunderwerbskosten 1.696.586 € Baukosten 18.927.800 €).
- 01.02.1998: Abschluss der Verlagerung.

Im Endausbau wurden ca. 200 Arbeitsplätze in Schweinfurt geschaffen.

##### **2. Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei (BPP)**

###### **2.1. Verlagerung von München nach Bamberg (1998)**

- 31.03.1992 Ministerratsbeschluss zur Behördenverlagerung.
- 1998 Umzug des BPP von der Königinstraße in München in die Pödeldorfstraße in Bamberg.
- Kosten: Für den Grunderwerb 1.891.780 €, für den Bau 9.911.300 €
- Personal: Nach den vorhandenen Unterlagen wurden im Jahr 1998 137 Beschäftigtenstellen (Beamte- und Tarifbeschäftigte) von München nach Bamberg verlagert.
- Personalstand zum 01.01.2011: 185 Mitarbeiter (129 Sollstärke Beamte und 56 Tarifbeschäftigte).

###### **2.2. Teilverlagerung im Bereich der BPP – Verlagerung eines Ausbildungsseminars von München nach Nabburg (1999 / 2000)**

- Ab 01.01.1999 Nutzung der Liegenschaft vom damaligen Bundesgrenzschutz, der offizielle Ankauf erfolgte zum 21.12.2000.
- Kosten: Für den Grunderwerb 2.656.547 €, für den Bau (noch nicht beendet) rd. 19 Mio. €
- 01.09.2000 Verlagerung des 3. Ausbildungsseminars von der I. Bereitschaftspolizeiabteilung (BPA) München nach Nabburg mit einem Soll von 22 Beamtenstellen, 1 Tarifstelle, 120 Beamten/Beamte in Ausbildung.

#### **Staatsministerium für Unterricht und Kultus**

Auf der Grundlage der „Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – Untersuchung der Bayerischen Schulverwaltung“ der Fa. Roland Berger & Partner (1998/1999) wurden die medienpädagogischen Aufgaben der beiden Staatlichen Landesbildstellen (Bayreuth und München) und der Zentralstelle für Computer im Unterricht (Augsburg) auf das ISB in München (für konzeptionelle Aufgaben) und die ALP in Dillingen (für Beratung und Fortbildung) übertragen,

um Synergieeffekte im medienpädagogischen Bereich zu erzielen. Die nach Auflösung der drei kleineren Behörden freigewordenen 66 Stellen wurden zu ca. zwei Dritteln auf das ISB und einem Drittel auf die ALP aufgeteilt.

#### **Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Folgende Umstrukturierungen der Bayerischen Bergbehörden seit 1. Januar 1995 sind zu nennen:

- Auflösung des Bayerischen Oberbergamtes in München.
- Eingliederung des Bergamtes München in die Regierung von Oberbayern als Bergamt Südbayern. Das Bergamt Südbayern ist zuständig für die Regierungsbezirke Schwaben, Oberbayern und Niederbayern.
- Eingliederung der beiden Bergämter Bayreuth und Amberg in die Regierung von Oberfranken als Bergamt Nordbayern. Das Bergamt Nordbayern ist zuständig für die Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken sowie die Oberpfalz.

#### **Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

##### **Forstverwaltung**

Aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 11. Juli 1995 über ein Gesamtkonzept zur Reform der Staatsforstverwaltung wurden in der Zeit von 1996 bis 1999 neunzehn Forstämter sowie das Staatliche Sägewerk Spiegelau aufgelöst. Die Walddarstellungscole Goldberg wurde mit der Waldbauernschule Scheyern zur Waldbauernschule am Goldberg bei Kelheim zusammengelegt. Ferner wurde das Forstamt Zwickau mit dem Nationalpark Bayerischer Wald verschmolzen.

Zu 5. und 6.:

Die Staatsregierung bekennt sich zur Stärkung der Regionen durch gezielte strukturpolitische Maßnahmen, um vor Ort neue Arbeitsplätze und zusätzliche Wirtschaftskraft zu schaffen. Behördenverlagerungen können zu einem Kaufkraftgewinn und einer Nachfrageerhöhung der lokalen Wirtschaft und auf dem Wohnungsmarkt führen. Die Verlagerung von Behörden ist daher ein bewährtes Instrument staatlicher Strukturpolitik, ein wichtiger Anreiz auch für die Wirtschaft, in strukturschwächeren Gebieten zu investieren, und ein nicht zu unterschätzendes positives Signal an die Menschen vor Ort. Es liegt dabei auf der Hand, dass eine Kausalität zwischen Behördenverlagerungen und wirtschaftlicher Entwicklung vor Ort zahlenmäßig nicht dargestellt werden kann.

Zu 7.:

Folgende weitere Aufgabenverlagerungen / Behördenverlagerungen sind in Umsetzung bzw. geplant:

#### **Staatsministerium des Innern**

Verlagerung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung von München nach Fürth.

**Staatsministerium der Finanzen****Steuerverwaltung**

Grundsätzlich ist eine Verlagerung der Bewertungsstelle und weitere Teile der Allgemeinen Veranlagungs- und Rechtsbehelfsstelle des Finanzamtes München geplant. Konkrete Aussagen zur Realisierung dieser Verlagerungen sind allerdings noch nicht möglich. Unter dem Motto „Die Arbeit zu den Menschen bringen“ wurden in den letzten Jahren bereits über 640 Arbeitsplätze der Steuerverwaltung aus München verlagert.

**Staatsfinanzverwaltung**

Die Konzentration der Familienkasse an der Dienststelle Bayreuth für die restlichen Bereiche (Beamte und Versorgungsempfänger) wird schrittweise in den folgenden Jahren umgesetzt.

Die Verlagerung der Beihilfestelle der Dienststelle München des Landesamts für Finanzen an die Dienststelle Ansbach wird bis voraussichtlich 2014 abgeschlossen werden können. Hiervon betroffen sind weitere 18 Vollzeitarbeitsplätze.

**Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Verlagerung des Amtes für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz mit 135 Stellen von Regensburg nach Tirschenreuth. Zum Zeitpunkt des Verlagerungsbeschlusses im Jahr 2005 umfasste das ALE 219 Personen. Durch natürliche Fluktuation und durch außerplanmäßige Fluktuation reduzierte sich die Zahl der Mitarbeiter im aktiven Dienst seither auf 138 Personen. In Tirschenreuth ist die Errichtung eines Neubaus vorgesehen, der voraussichtlich im Jahr 2013 bezugsfertig sein wird.

**Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit**

Im Bereich der Wasserwirtschaftsämter (WWA) sind noch nicht alle Verlagerungen komplett abgeschlossen, so existieren an ehemaligen WWA-Standorten (z. B. Krumbach,

Würzburg) aus Gründen der sozialverträglichen Umsetzung noch übergangsweise sogenannte Servicestellen.

Im Bereich des Landesamts für Umwelt (LfU) sind die Verlagerungen von München nach Augsburg auch noch nicht komplett abgeschlossen. Weitere Arbeitsplatzverlagerungen werden erst im Jahr 2012 mit Abschluss der Baumaßnahmen am Hauptstandort in Augsburg möglich.

Geplant ist für den Bereich des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) eine Teilverlagerung der Akademie für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (AGL) und die Verlagerung der LGL-Stabsstelle „Zentrales Qualitätsmanagement/Landesbeauftragter für das Qualitätsmanagement“ von München bzw. von Erlangen nach Schwabach.

**Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Die Verlagerung der Dienststelle Ingolstadt sowie eines Teils des Personals der Zentrale in München an die Dienststelle Thierhaupten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege wird bis voraussichtlich 2013 abgeschlossen werden können.

**Ausgleich der strukturellen Auswirkungen der Bundeswehrreform**

Die Staatsregierung prüft derzeit, ob in Einzelfällen in den durch die Bundeswehrreform besonders betroffenen (ländlichen) Regionen auch durch die Verlagerung staatlicher Einrichtungen zusätzliche strukturpolitische Anreize gesetzt werden können. Vor den entsprechenden Entscheidungen sind jedoch noch längere intensive Erörterungen notwendig, die insbesondere die Interessen der von möglichen Verlagerungen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Aufrechterhaltung der Effektivität der Verwaltung und die Situation in den von der Strukturreform betroffenen Regionen in einen Ausgleich bringen und zu einem schlüssigen Gesamtkonzept führen.

**Anlage 1**

	Maßnahme	Zeitraum	Betroffene Arbeitsplätze	Anzahl der Umzüge = in Prozent	Synergieeffekte		Kosten	
					Personal	Sonstige Einspa- rungen z. B. Mietzins	Gebäudekosten	Umgangs- kosten
<b>Bayerisches Staatsministerium des Innern</b>								
Im Rahmen der Polizeireform – nach Teilung des Polizeipräsidiums Oberbayern – Verlagerung von München nach Ingolstadt ( <b>Polizeipräsidium Oberbayern Nord</b> ) und Rosenheim ( <b>Polizeipräsidium Oberbayern Süd</b> )	2009	Personalbestand zum 01.01.2011: <b>PP Oberbayern Nord:</b> 191 davon Beamte: 311 Tarifbeschäftigte: 60 <b>PP Oberbayern Süd:</b> 184 davon Beamte: 137 Tarifbeschäftigte: 47					<b>PP OB Nord</b> Grundvertrag: 725.000 € Baukosten: 15.980.000 € <b>PP OB Süd</b> kein Grunderwerb Baukosten: 12.840.000 €	-
Bayer. Polizeiverwaltungsamt (PVA) - Verlagerung von München nach Straubing (Abteilung I, Allgemeine Verwaltung und Abteilung II Zentrale Stelle zur Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten)	MR-Beschlüsse: 31.03.1992. 22.12.1998	Personalstand PVA (Abt. I und II) zum 01.01.2011: 274 Mitarbeiter (176 Beamte, 98 Tarifbeschäftigte). Neubau in Straubing 2003					Grundvertrag: 1.135.068 € Bau: 15.338.700 €.	
<b>Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus</b>								
Mit Errichtungsverordnung vom 1. November 2011 mit Wirkung vom 1. August 2011 Errichtung eines Staatlichen Studienseminars an beruflichen Schulen. Zusammenfassung der bis dato bestehenden Staatlichen Studienseminae Nordbayern in Nürnberg, Ostbayern in Regensburg und Südbayern in München zu einem Studienseminar mit Sitz in München und einer Dienststelle in Nürnberg	2011	2 Arbeitsplätze am bisherigen Studienseminar in Regensburg Beamte: 1 Tarifbeschäftigte: 1	0	Keine Verlegung des Lebensmittel- punktes			Anmietung Regensburg endet voraussichtlich Ende 2012; am Standort München zusätzlicher Aussattungsbedarf für Mobiliar i. H. v. € 5.000	
<b>Bayerisches Staatsministerium der Finanzen</b>								
Verlagerung der Finanzkasse des Finanzamtes München an Standorte in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben	2008–2010	110, davon Beamte: 110 Tarifbeschäftigte: 0	7				Miete München: 2009–2011: 525.000 € Laufend: Mieten 2008–2011: 832.700 € ab 2012: 601.000 € jährlich 306.800 € jährlich	34.200 € Austattung: 442.500 € Miete für Stand- leitungen: 2008–2011: 219.600 € ab 2012: 69.200 € jährlich Postexpressdienst: 2008–2011: 139.700 € ab 2012: 53.700 € jährlich Leasing Klz. 2008–2011: 9.800 € ab 2012: 3.200 € jährlich

Maßnahme	Zeitraum	Betroffene Arbeitsplätze	Anzahl der Umnutzige = in Prozent	Synergieeffekte		Kosten
				Personal	Sonstige Einsparungen z. B. Mietzins	
Einrichtung der Landesfamilienkasse bei der Dienststelle Bayreuth – Teilnehmer	seit 2007	12, davon Beamte: 12 Tarifbeschäftigte: 0		Arbeitsoptimierung; effizienter Personaleinsatz; erhöhte Leistungsfähigkeit;	Qualitätsversorgung; Kunden-service	staatseigenes Gebäude
Verlagerung der Beihilfestelle München an die Dienststelle Ansbach	2011 (– vss. 2014)	13, davon 1) Beamte: 9 Tarifbeschäftigte: 4		Arbeitsoptimierung; effizienter Personaleinsatz; erhöhte Leistungsfähigkeit;	Qualitätsversorgung; Kunden-service	staatseigenes Gebäude
Teilverlagerung (80%) Zentraler Kundenservice des Landesamts für Vermessung und Geoinformation von München nach Mindelheim	2007	7, davon Beamte: 3, Tarifbeschäftigte: 4		Arbeitsoptimierung; effizienter Personaleinsatz; erhöhte Leistungsfähigkeit;	Qualitätsversorgung; Kunden-service	
Verlagerung der Gebietstopographie vom Landesamt für Vermessung und Geoinformation an 15 Vermessungsämter	2007	30, davon Beamte: ca. 20, Tarifbeschäftigte: ca. 10		Einsparung von Reisekosten und Mietkosten für Außendienstbüros (variabel)		unter 10.000 € (Schätzung)
<b>Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>						
<b>Bereich Landwirtschaft</b>						
Integration der Landesanstalt für Bienenzucht in die Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau	01.01.2002	17 6 Beamte/Beamtinnen 10 Angestellte 1 Arbeiter	0			924.000 Euro
<b>Bereich Forsten</b>						
Aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 11. Juli 1995 über ein Gesamtkonzept zur Reform der Staatsforstverwaltung	2000–2002	Die Maßnahmen betrafen v. a. das in den Forstämtern selbst tätige Personal (i. d. R. je Standort vier Beamte, zweibis vier Angestellte, eine Reinigungskraft), nicht die außerhalb des Forstamts tätigen Revierleiter und Waldarbeiter.	Keine.	69 Stellen wurden in dieser Zeit eingespart; eine genaue Zuordnung zu Einzelaufnahmen und eine Aussage, inwieweit es sich dabei um die persönliche Chancen zur örtlichen Veränderung ergreifen handelt, sind		125.000 Euro
Zusammenlegung der Forstämter						Trennungsgelder seit 2003: 105.000
• Monheim und Kaisheim (neuer Sitz: Kaisheim),						
• Beilngries und Geisenfeld (neuer Sitz: Geisenfeld),						
• Ruhpolding und Siegsdorf (neuer Sitz: Ruhpolding),						
• Bodenwörth und Neunburg vorm Wald (neuer Sitz: Neunburg vorm Wald),						
• Erlangen und Höchstadt a. d. Aisch (neuer Sitz: Erlangen),						
• Allersberg und Schwabach (neuer Sitz: Allersberg),						
• Illertissen und Weilheim (neuer Sitz: Weilheim),						
• Bad Neustadt a. d. Saale und Steinach (neuer Sitz: Bad Neustadt a. d. Saale)						

Maßnahme	Zeitraum	Betroffene Arbeitsplätze	Anzahl der Umzüge = in Prozent	Synergieeffekte		Gebäudekosten	Umgangskosten	Kosten
				Personal	Sonstige Einsparungen z. B. Mietzins			
Aufgrund Ministerratsbeschlusses vom 14.12.1999; Zusammenlegung der Forstdirektionen Oberbayern (München) und Schwaben (Augsburg) zur neuen Forstdirektion Oberbayern-Schwaben mit Sitz in Augsburg; Zusammenlegung der Forstdirektionen Oberfranken (Bayreuth) und Mittelfranken (Ansbach) zur neuen Forstdirektion Oberfranken-Mittelfranken mit Sitz in Bayreuth	2000	Hauptbeiroffene waren die Beschäftigten in München (ca. 76, davon 2 Arbeiter/-innen, 32 Angestellte, 42 Beamte/Beamte) sowie in Ansbach (ca. 46, davon 2 Arbeiter/-innen, 19 Angestellte, 25 Beamte/Beamten)	Nur wenige Beschäftigte zogen um. Andere konnten an umliegenden Behörden bzw. bis zur endgültigen Abwicklung am bisherigen Dienstort weiterbeschäftigt werden.	In den vorherigen Angaben mitenthalten.				Sonstige erhöhte Aufwendungen z. B.: Trennungsgeld

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit								
Verlagerung von Teilen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LfGL):								
o von Nürnberg, Heinrichstraße, nach Erlangen, Eggentalerweg	8/2003	132						
o innerhalb von Erlangen von der Henkestraße zum Eggentalerweg	12/2003	185						
o von Regensburg, Keplerstraße, nach Erlangen, Eggentalerweg	2/2004	14						
o von Regensburg, Landshuter Straße, zur Universität Regensburg (Übernahme)	2/2004	20						
o von Augsburg, Fritz-Hintermayr-Straße, nach Oberschleißheim	5/2003	14						
Auflösung des Landesamts für Umweltschutz (LfU) von München nach Augsburg	9/1999	350 Beschäftigte (ca. 35% fd, 35% gD, 30% m/ed).				Einsparung von Mietkosten in München nicht quantifiziert	Neubau für 390 Arbeitsplätze in Augsburg, der ohnehin auch ohne Verlagerung erforderlich geworden wäre, kostete rund 74 Mio. €	521.666,00 € 2.217.679,09 € (1999–2003)
Auflösung des Talsperrenneubauanstes Nürnberg	2000	82						

<sup>1)</sup> Die Aufteilung Beamte/Arbeitnehmer ist zum Teil fiktiv nach den derzeitigen Besetzungsverhältnissen in den betreffenden Organisationseinheiten ermittelt. Für die Vergangenheit kann eine genaue Quote nicht ermittelt werden, da die Verlagerungen zum Teil über mehrere Jahre hinweg erfolgt sind und nur die Arbeitsmengen dokumentiert worden sind.

## Anlage 2

Maßnahme	ursprüngliche Standorte			heutige / künftige Standorte			
	Verbleib in staatlicher Nutzung	Einsparung Miete im Jahr	Verkaufserlös		Preiserwartung	Zusätzliche Mietkosten im Jahr	Unterbringung in staats-eigenen oder bereits angemieteten Gebäuden
<b>Bayerisches Staatsministerium des Innern</b>							
Im Rahmen der Polizeireform – nach Teilung des Polizeipräsidiums Oberbayern – Verlagerung von München nach Ingolstadt ( <b>Polizeipräsidium Oberbayern Nord</b> ) und Rosenheim ( <b>Polizeipräsidium Oberbayern Süd</b> )	Ja, für Polizeizwecke					Unterbringung in eigens erworbenen stadtseigenen Gebäuden	Grundstückskauf Rosenheim: 1.050.000 € Grundstückskauf Ingolstadt: 725.000 €

Maßnahme	ursprüngliche Standorte				heutige / künftige Standorte		
	Vorbleib in staatlicher Nutzung	Einsparung Miete im Jahr	Verkaufserlös	Preiserwartung	Unterbringung in staats-eigenen oder bereits angemieteten Gebäuden	Zusätzliche Mietkosten im Jahr	Grundstückskaufpreis und Kosten der Anpassungsmaßnahmen
Verlagerung der Bereiche Zentralverwaltung und Statistik des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung von München nach Fürth	Ja; über die staatliche Nachnutzung ist noch nicht entschieden				Unterbringung in eigens erworbenen staatseigenen Gebäuden		Grundstückskauf: 5,1 Mio. € Generalsanierung: 37,5 Mio. €
<b>Bayerisches Staatsministerium der Finanzen</b>							
Verlagerung der Finanzkasse des Finanzamtes München an Standorte in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben	Nein	579.600 €			In Ingolstadt und Dillingen Unterbringung in staatseigenen Gebäuden	Mühldorf: ca. 67.000 € Eichstätt: ca. 68.800 € Deggendorf: ca. 92.700 € Zwiesel: ca. 46.600 €	keine
Gründung des Landesamtes für Finanzen – Einrichtung einer Zentralabteilung in Würzburg	Ja				Unterbringung im staats-eigenen Gebäude		keine
Aufgabenkonzentration bei der Staats-oberkasse Bayern in Landshut	Ja				Unterbringung im staats-eigenen und bereits angemieteten Gebäuden		keine
Konzentration der Abrechnung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten beim Landesamt für Finanzen	Ja				In Ainsbach, Straubing, Passau und Weiden Unterbringung in staatseigenen Gebäuden		keine
Einrichtung der Landesfamilienkasse bei der Dienststelle Bayreuth – Teilbereich Arbeitnehmer	Ja				Unterbringung im staats-eigenen Gebäude		keine
Verlagerung der Beihilfestelle München an die Dienststelle Ansbach	Ja; Flächen werden derzeit als Ausweichquartier genutzt				Unterbringung in staatseigenen Gebäuden		keine
Neigründung eines Vermessungsamtes in Neustadt an der Aisch	Nein	Fürth: ca. 187.500 €				Netamietung: ca. 204.150 €	
<b>Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>							
Auflösung bzw. Verlagerung von Dienststellen des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege nach Thierhaupten und Regensburg	Ingolstadt: nein; Landshut: ja, für Zwecke des Finanzamts	Ingolstadt: ca 12.780 €			Thierhaupten: Unterbringung in angemieteten Gebäuden; Regensburg: Unterbringung in staatseigenen Gebäuden	Ca. 9.745 €	keine
<b>Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit</b>							
Verlagerung von Teilen des Landesamts für Umwelt von München nach Augsburg und Hof	München: ja als Ausweichquartier; Wackersdorf: Bohrkernlager nein				Hof: Unterbringung in eigens erworbenen staatseigenen Gebäuden Augsburg: derzeit Errichtung von Erweiterungsbau auf staatseigentlichem Grundstück und Suche nach Anmietflächen	Grundstückskauf in Hof: 13,3 Mio. €	Baukosten Augsburg: ca. 16 Mio. €